



Oliver Krischer MdB
NEWSLETTER

NEWSLETTER NOVEMBER 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten Wochen im Bundestag standen ganz im Zeichen der Euro-Rettung. Die mit der großen Mehrheit des Parlaments und auch von der Grünen Fraktion mitgetragenen Entscheidungen waren schwierig, aber letztlich in Anbetracht der möglichen Alternativen wohl die einzig Möglichen. Bundesregierung und Koalition muss man vorwerfen, dass sie im letzten Jahr durch ihre zögerliche Haltung bis hin zum Schüren anti-europäischer Ressentiments die Situation erheblich verschlimmert haben und damit Deutschland und Europa schweren Schaden zugefügt haben.

Die Konsequenz aus der Krise heißt auch: Wir brauchen mehr Europa, gerade auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der letzte EU-Gipfel war ein Schritt in diese Richtung, weitere müssen folgen, denn die Krise Europas und des Euro ist noch lange nicht überwunden. Ein Zurück in die europäischen Nationalstaaten des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts gibt es nicht – und das ist auch gut so, denn sie führten zu den Schlachtfeldern an der Somme, im Hürtgenwald oder anderswo.

Aber natürlich gibt es auch wieder viel über Energiepolitik zu berichten. Das finden Sie wie immer in meinem aktuellen Newsletter der ab dieser Ausgabe in einem neuen Gewand erscheint und somit auch zum besseren Lesen für Smartphones geeignet ist!

Ihr/Euer

Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. **Europa braucht uns – wir brauchen Europa**
2. **Erneuerbare Energien sind kein Preistreiber**
3. **Geschenke für die Großindustrie – der Verbraucher muss zahlen**
4. **Bundesregierung blockiert beim Thema Energieeffizienz**
5. **Bundestagsrede zur Rohstoffpolitik**
6. **Novelle des KWK-Gesetzes lässt weiter auf sich warten**
7. **Steinkohleabbau in Kolumbien**
8. **CCS-Gesetz kommt in den Vermittlungsausschuss**
9. **RWE-Antrag für ein neues Braunkohlekraftwerk in NRW**
10. **Neues Pumpspeicherkraftwerk in der Eifel – Baustein für die Energiewende**
11. **Unterschriftenaktion gegen neuen Braunkohletagebau in Brandenburg**
12. **Belgien bleibt beim Atomausstieg**
13. **Mit dem Handy in Bundestag live dabei**
14. **Termine**

1. Europa braucht uns – wir brauchen Europa

Die EU-Staatshaushalte sind im Defizit, so manche europäische Bank steht auf wackligen Füßen. Doch weder haben sich die Wechselkurse zu den wichtigsten Währungen dramatisch verändert noch hat die Inflation im Euro-Raum übermäßig angezogen. Der Euro ist weiterhin eine international verbreitete Reservewährung. Auf den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten und der Eurozone vergangene Woche wurden wichtige und längst überfällige Beschlüsse getroffen. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung hat es auch hier versäumt vorausschauend zu planen. Meine Sichtweise zu diesen Vorgängen findet sich [HIER](#) sowie eine Übersicht zu allen wichtigen Fragen zum Thema Euro [HIER](#).

2. Erneuerbare Energien sind kein Preistreiber

Wie jedes Jahr wurde auch an diesem 15. Oktober die Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) für das kommende Jahr bekannt gegeben. Die Prognosen der Kritiker, die eine deutliche Steigerung der EEG-Umlage prognostizierten, bewahrheitete sich nicht. Trotz des starken Ökostrom-Ausbaus wird die Umlage lediglich um 0,04 Cent je Kilowattstunde angehoben. Klar ist auch: Mit einer besseren Politik hätte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Kosten sogar senken können. Die Antwort auf die Frage, wie sie das hätte tun können findet sich [HIER](#).

3. Geschenke für die Großindustrie – der Verbraucher muss zahlen

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Strompreise im kommenden Jahr steigen werden. Doch dafür ist nicht etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien oder der Atomausstieg verantwortlich ist, sondern vielmehr die Politik von Schwarz-Gelb. Denn während Teile der Industrie von den Netzentgelten befreit werden, müssen Normalverbraucher/innen nun auch noch den Netzbetrieb für diese Unternehmen zahlen. Dies geschah auf Drängen des Wirtschaftsministeriums in einer Nacht-und-Nebel-Aktion. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#). Das ARD-Magazin Monitor hat dazu einen interessanten [BEITRAG](#) zu den Entlastungen der Industrie gesendet.

4. Bundesregierung blockiert beim Thema Energieeffizienz

Die EU-Kommission hat im Sommer 2011 den Entwurf einer Richtlinie für Energieeffizienz vorgelegt, der die bisherige Energiedienstleistungsrichtlinie sowie die KWK-Richtlinie zusammenführen und ersetzen soll. Auch wenn die Richtlinie einige Schwächen hat, enthält sie viele gute Ansätze, um das für das Klima und die europäische Wirtschaft wichtige Thema Energieeffizienz endlich voranzubringen. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung unternimmt offenbar alles, um in Brüssel verbindliche Ziele und Maßnahmen zu blockieren. Wir haben einen [ANTRAG](#) in den Bundestag eingebracht, um das Versagen der Bundesregierung beim Thema Energiesparen öffentlich zu thematisieren und eine konsistente grüne Energiesparstrategie entgegenzusetzen, mit verbindlichen Zielen, Maßnahmen und einem Energiesparfonds als zentrales Finanzierungsinstrument. Weitere Informationen finden sich [HIER](#).

5. Bundestagsrede zur Rohstoffpolitik

Ob Mobiltelefon, Notebook oder Solaranlage: Keines dieser Alltagsprodukte kann ohne Metalle wie Lithium, Gallium oder ohne die sogenannten Seltenen Erden auskommen. Die weltweite Nachfrage nach solchen Rohstoffen steigt, das Angebot ist jedoch knapp und die Vorkommen sind auf der Erde ungleich verteilt. Die Bundesregierung hat sich nun endlich diesem wichtigen Thema angenommen und in einem Antrag in den Bundestag eingebracht. Er zielt jedoch vorwiegend auf Rohstoffsicherung und Zugang zu Weltmärkten ab, lässt aber Fragen wie Recycling und Rohstoffeffizienz weitestgehend außen vor. Zudem kommt die Bundesregierung ihrem eigenen Ziel, einer europäischen Rohstoffpolitik mit diesem Antrag nicht nach. Meine Bundestagsrede dazu findet sich [HIER](#). Mehr zu diesem Thema in dem von der Fraktion im September beschlossenen und von mir mit erarbeiteten [ROHSTOFFPAPIER](#).

6. Novelle des KWK-Gesetzes lässt weiter auf sich warten

Auch das Thema Kraft-Wärme-Kopplung stand vor wenigen Tagen in einer Bundestagsdebatte auf der politischen Agenda. Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme. Mit Gesamtwirkungsgraden von bis zu 90 Prozent trägt die KWK zu Ressourcen- und Klimaschutz bei. Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD haben im Deutschen Bundestag Anträge mit konkreten Vorschlägen zum Ausbau der KWK gestellt. Doch die von Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigte und dringend erforderliche Novelle des KWK-Gesetzes lässt weiter auf sich warten. Dies ist die Fortsetzung einer zweijährigen Politik der Tatenlosigkeit beim Thema KWK auf Kosten von Klima und Wirtschaft. Meine Rede im Bundestag dazu können Sie [HIER](#) anschauen.

7. Steinkohleabbau in Kolumbien

Kolumbien ist in den vergangenen Jahren zu einer der größten Steinkohleabbau-Nationen der Welt geworden. Über 90 Prozent davon werden exportiert – vorwiegend nach Europa, USA und Ostasien. Für die deutschen Steinkohlekraftwerksbetreiber hat das Land in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Seit Juni 2011 ist Kolumbien sogar der größte Steinkohlelieferant für Deutschland. Vor wenigen Wochen konnte ich mir vor

Ort in Kolumbien selber einen Eindruck machen. [HIER](#) finden sich dazu weitere Infos mit Videos und entsprechende Presseberichte finden sich [HIER](#).

8. CCS-Gesetz kommt in den Vermittlungsausschuss

Nach über zwei Jahren ist die Bundesregierung beim CCS-Gesetz kaum einen Schritt weiter. Erst vor wenigen Wochen hatte der Bundesrat das von der schwarz-gelben Koalition im Bundestag beschlossene Gesetz abgelehnt. Seit über zwei Jahren scheitert die Bundesregierung nun, die EU-Richtlinie umzusetzen. Grund dafür ist auch der Widerstand der eigenen schwarz-gelben Parteigenossen aus den Ländern. Vergangene Woche hat das Bundeskabinett nun den Vermittlungsausschuss angerufen, der erstmalig am 8. November tagen wird. Im nun anstehenden Verfahren ist die schwarz-gelbe Bundesregierung gut beraten, ihre Position für die großtechnische Verpressung von CO₂ aus Kohlekraftwerken aufzugeben. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle beteiligten Akteure von vornherein einzubinden und die Bedenken von allen Seiten ernst zu nehmen. Dies gelingt nur wenn Schwarz-Gelb ein schmales Forschungsgesetz für prozessbedingte Emissionen vorlegt, wie sie unweigerlich etwa in der Stahl- oder Zementindustrie anfallen und von vielen Bundesländern seit langem gefordert wird. Unser Kompromissvorschlag findet sich [HIER](#). Immerhin sieht inzwischen sogar Bundesweltminister Röttgen ein, dass wir CCS nicht für die Energiewende und die Einhaltung der Klimaschutzziele brauchen, wie er gerade erst im Zeitungsinterview eingestand. Meine Kommentierung dazu findet sich [HIER](#).

9. RWE-Antrag für ein neues Braunkohlekraftwerk in NRW

Am Standort Niederaußem plant RWE ein neues Braunkohlekraftwerk mit einer Leistung von 1.100 MW. Dass der Konzern seine hohen CO₂-Emissionen reduzieren und sich den neuen Regelungen im NRW-Klimaschutzgesetz unterwerfen will ist zu begrüßen. Das dies jedoch mit einem neuen Braunkohlekraftwerk geschehen soll, überrascht. [HIER](#) finden sich weitere Infos dazu.

10. Neues Pumpspeicherkraftwerk in der Eifel – Baustein für die Energiewende

Das Aachener Energieunternehmen Trianel plant am Rursee bei Simmerath in der Eifel ein Pumpspeicherkraftwerk mit 640 MW Leistung. Die Firma trägt damit zum Umbau der Energiewirtschaft in Deutschland bei. Es stellt sowohl einen Gewinn für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland dar, als auch eine wirtschaftliche Chance für die Eifelregion. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

11. Unterschriftenaktion gegen neuen Braunkohletagebau in Brandenburg

Braunkohle ist der klimaschädlichste Art der Energieerzeugung. Anders als in NRW, wo die rot-grüne Landesregierung dem Aufschluss neuer Braunkohlentagebaue durch RWE ein Riegel vorgeschoben hat, will der Energiekonzern Vattenfall mit ausdrücklicher Unterstützung der rot-roten Landesregierung in der brandenburgischen Lausitz noch neue Tagebaue aufschließen. Mit diesem Vorhaben würden Menschen gegen ihren Willen umgesiedelt, ganze Dörfer abgebaggert und einmalige Natur unwiederbringlich zerstört. Greenpeace sammelt gegen den neuen Tagebau Welzow Süd Unterschriften. [HIER](#) kann mitgezeichnet werden.

12. Belgien bleibt beim Atomausstieg

Obwohl die Grünen in Belgien dort derzeit gar nicht an der Regierungsbildung beteiligt sind, haben sich die anderen Parteien der zukünftigen Regierungskoalition auf die Beibehaltung des 2003 auf Grüne Initiative beschlossenen Atomausstiegs geeinigt. 2015 sollen die ersten der sieben belgischen AKW vom Netz gehen. Das zeigt, auch außerhalb von Deutschland nimmt die Kritik an der Atomkraft zu. Gerade die Anlage in Tihange mit drei Blöcken liegt nicht einmal 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt und ist eine Gefahr für das ganze Rheinland. Meine Kommentierung dazu findet sich [HIER](#).

13. Mit dem Handy in Bundestag live dabei

Seit wenigen Tagen können Handynutzer über m.bundestag.de alle Plenarsitzungen und öffentliche Ausschusssitzungen live auf dem Smartphone als Video mitzuverfolgen. Testen Sie es einmal selbst!

14. Termine (Auswahl aus öffentliche Veranstaltungen, Infos auf meiner Internetseite oder in meinem Büro)

7. bis 11.11. Sitzungswoche im Bundestag in Berlin

9.11. 14 Uhr [Fachgespräch: Die Speicherfrage – Stolperstein für die Energiewende?](#) in Berlin

12.11. 15 Uhr [Bausteine für eine rasche Energiewende](#) in Aachen

14.11. 19 Uhr [Bergschäden-Tour: Versalzene Flüsse – Gefahr Kalibergbau](#) in Eschwege

16.11. 19:30 Uhr Veranstaltung zum Fernwärmeausbau in Köln

18.11. 14:30 Uhr [Welche Zukunft haben RWE-Aktien in kommunaler Hand?](#) in Düsseldorf

23.11 bis 2.12. Sitzungswoche im Bundestag in Berlin

25.-27.11. [Bundesdelegiertenkonferenz \(BDK\) der Grünen](#) in Kiel

29.11. [Oldenburger Gastage: Entwicklungsperspektiven der Gaswirtschaft](#) in Oldenburg

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.